



„Jeden Tag, wenn er (Trump) aufwacht, schreibt er seine Worte bei Twitter und schafft irgendein Problem auf der Welt. Ich glaube, er ist ein Narzisst, und er hat wenig Erfahrung mit Politik.“

Der iranische Parlamentspräsident Ali Laridschani bei einem internationalen Parlamentartreffen in St. Petersburg zum Streit mit den USA über das Atomabkommen



Armee rückt gegen Kurden vor

BAGDAD (dpa). Nach dem Vormarsch irakischer Truppen auf Gebiete unter Kontrolle der Kurden wächst im Irak die Angst vor einem neuen Bürgerkrieg. Einheiten der Armee rückten gestern in die strategisch wichtige Stadt Kirkuk im Norden des Landes ein, wie es aus lokalen Sicherheitskreisen hieß. Dort brachten sie das Gebäude der Provinzregierung sowie den Militärflughafen unter Kontrolle. Regierungskräfte nahmen auch das nahe gelegene Ölfeld Baba Gurgur ein. Kurdische Einheiten leisteten bei dem Vormarsch kaum Widerstand.

KURZ NOTIERT

In Malta ist gestern eine Bloggerin getötet worden, die der Regierung des Inselstaats Korruption vorgeworfen hatte. Nach Polizeiangaben starb Daphne Caruana Galizia, als eine unter ihrem fahrenden Auto angebrachte Bombe explodierte. Die Zahl der Todesopfer nach dem Zusammenstoß eines Flüchtlingsschiffes mit einem Boot der tunesischen Küstenwache ist auf mindestens 34 gestiegen. Bei dem verheerenden Anschlag in Somalia sind mindestens 276 Menschen getötet worden, aber die Zahl der Todesopfer könnte noch weiter steigen. Die heute (Mittwoch) beginnenden Sondierungen zu einem möglichen Jamaika-Bündnis in Deutschland werden nach Einschätzung von CDU-Chefin und Bundeskanzlerin Angela Merkel mindestens einige Wochen dauern.

Ultimatum an Separatisten

KATALONIEN-KONFLIKT: Rajoy fordert Klarheit bis Donnerstag – Harte Maßnahmen angedroht

MADRID/BARCELONA

(dpa). Die Regierung von Spanien hat im Konflikt um die nach Unabhängigkeit strebende Region Katalonien den Separatisten ein letztes Ultimatum gestellt. Der katalanische Regierungschef Carles Puigdemont habe bis Donnerstag um 10 Uhr Zeit, die Abspaltungspläne endgültig ad acta zu legen und zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückzukehren, erklärte die stellvertretende Ministerpräsidentin Soraya Saénz de Santamaría gestern in Madrid. Die Zentralregierung droht mit „harten Maßnahmen“.

Puigdemont hatte kurz zuvor gestern nur ausweichend auf die mit einem ersten Ultimatum Madriods verbundene Frage geantwortet, ob er vorige Woche bei seiner Rede vor dem Regionalparlament in Barcelona die Unabhängigkeit erklärt habe oder nicht. Madrid hatte ein klares Ja oder ein Nein gefordert und wies daher die Antwort als



Der katalanische Regierungschef Carles Puigdemont weicht Rajoys Ultimatum aus.

APA/afp/PAU BARRENA

inakzeptabel zurück.

Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy reagierte enttäuscht. „Ich bedauere, dass Sie sich dazu entschlossen haben, nicht auf die Mahnung vom 11. Oktober zu antworten“, schrieb er in einem Brief an den regionalen Regierungschef. Der konservative Ministerpräsident

äußert im Schreiben die Hoffnung, dass Puigdemont „in den fehlenden Stunden mit der Klarheit“ antwortet, „die alle Bürger fordern“.

Falls keine eindeutige Antwort von Puigdemont komme, werde man „davon ausgehen, dass die Unabhängigkeit erklärt worden ist“, hatte Innenminister Juan Ig-

nacio Zoido schon am Wochenende gewarnt.

Im Fall einer Abspaltungserklärung droht Madrid mit „harten Maßnahmen“ und der Anwendung von Verfassungsartikel 155. Dieser ermöglicht unter anderem die Entmachtung einer Regionalregierung.

© Alle Rechte vorbehalten

Förderung der Beschäftigung

HAUSHALTSGESETZ: Maßnahmen in Höhe von 20 Milliarden Euro – Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst

ROM (mit). Maßnahmen im Wert von 20 Milliarden Euro enthält das Haushaltsgesetz 2018, das der Ministerrat in Rom gestern verabschiedet hat. Reduzierung der Sozialabgaben in Höhe von bis zu 50 Prozent bei der Einstellung von Italienern unter 35 Jahren und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst sind einige Schwerpunkte der „Manovra“, mit der die Regierung Gentiloni einerseits weiterhin das Defizit drücken, zugleich

aber den Wirtschaftsaufschwung fördern will. Die Steuerentlastung für die Anstellung von Jugendlichen in Süditalien wird 100 Prozent betragen, berichtete Arbeitsminister Giuliano Poletti. Gehaltserhöhungen von 85 Euro sollen Staatsbeamten gewährt werden, was die öffentlichen Kassen 1,6 Milliarden Euro kosten wird. Die Gehälter der Schulleiter sollen jenen von Funktionären im öffentlichen Dienst gleichgestellt und dem-

entsprechend erhöht werden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde abgewendet. Eine Milliarde Euro sollen dank Ausgabenkürzungen in den Ministerien reduziert werden. Für die Investitionen in der zentralen und lokalen Verwaltung werden 2018 300 Millionen Euro lockermacht, 1,3 Milliarden Euro sollen es 2019 und 1,9 Milliarden im Jahr 2020 sein. Im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung und zur Finanzierung des so-

genannten „Inklusionseinkommens“ will die Regierung 2018 zusätzliche 600 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Ein Bonus von 500 Euro für 18-Jährige, die den Betrag in Kultur investieren wollen, soll auch auf das Jahr 2018 verlängert werden. Als „effizient und kompakt“ bezeichnete Wirtschaftsminister Pier Carlo Padoan das Haushaltsgesetz, das ab Freitag vom Parlament geprüft werden muss.

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Minister, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit

GRUNDRECHTE: EU-Ministerrat nimmt Schlussfolgerungen an und diskutiert über Medien im digitalen Zeitalter

LUXEMBURG. Der Rat der Europäischen Union nahm kürzlich Schlussfolgerungen zum Schutz der Grundrechte in der EU an. Die Minister weisen auf Probleme insbesondere in den Bereichen Asyl, Kinderrechte, Rassismus, Gewalt gegen Frauen und Medienpluralismus hin. So müsse im Zusammenhang mit Migration und Asyl das Risiko der Ausbeutung von Frauen und Kindern berücksichtigt werden. Insbesondere, wenn es um Kinderrechte geht, sei ein Austausch bewährter Praktiken zwischen den EU-Mitgliedstaaten besonders zielführend. Das Rechtsinstitut der Vormundschaft spielt hierbei eine besondere Rolle, da im Zusammenhang mit Migration unzählige unbegleitete Kinder und Jugendliche nach Europa gekommen sind.

Was die nach wie vor grassierende Fremdenfeindlichkeit angeht, so verweisen die Minister



Unbegleitete Migrantenkinder brauchen besonderen Schutz.

APA/afp/LOUISA GOULIAMAKI

auf den Opferschutz und die Notwendigkeit, Hasskriminalität und rechtswidrige Hassreden im Internet zu registrieren und dann entschlossen zu verfolgen.

Auch hier wird der Austausch von bewährten Praktiken über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg als sinnvoll erachtet: Eine hochrangige Expertengruppe ist hier bereits operativ. Die soeben erlassenen Schlussfolgerungen der EU-Justizminister äußern sich auch zur Medienvielfalt und verweisen hier auf den Rechtsstaatsdialog.

Der Rechtsstaatsdialog findet auch im Rat der EU statt, allerdings in einer anderen Zusammensetzung: Hier werden die EU-Außenminister aufeinandertreffen. Bei dem jährlichen Rechtsstaatsdialog tauschen sich die Minister zu Rechtsstaatsproblemen in einem bestimmten Bereich aus. Das Thema des diesjährigen Dialoges ist „Medienpluralismus und Rechtsstaatlichkeit im digitalen Zeitalter“. Die Minister werden somit zur Diskussion von Phänomenen wie „fake news“, Hass-

rede, Meinungsfreiheit, Manipulation und der Probleme insbesondere sozialer Medien zusammentreffen. Und zwar wiederum in Luxemburg, wo der Rat der EU in den Monaten April, Juni und Oktober tagt. Die Tagungen des EU-Ministerrats sind öffentlich, wenn er gesetzgebend tätig wird. Der Rechtsstaatsdialog findet aber als geschlossene Sitzung statt – nur die Minister und ihre engsten Berater sind zugelassen.

Der Dialog wird durch 2 Eingangsvorträge eröffnet: Durch das zuständige Mitglied der EU-Kommission und den Direktor der EU-Grundrechteagentur. Die gegenwärtige EU-Präsidentin Estland wird diesen dritten Rechtsstaatsdialog ausrichten. Der Rechtsstaatsdialog wurde Ende 2014 ins Leben gerufen vor dem Hintergrund der Debatte um die Entwicklungen in Ungarn und Polen.

© Alle Rechte vorbehalten

EU stellt sich hinter Atomabkommen

LUXEMBURG (dpa). Die Europäische Union hat die USA mit einer einstimmig verabschiedeten Erklärung vor einem Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran gewarnt. In dem gestern von den Außenministern beschlossenen Text betonen die 28 Mitgliedstaaten die Bedeutung des Abkommens für globale Sicherheit. Es solle Sorge dafür, dass das iranische Atomprogramm ausschließlich friedlich bleibe, heißt es dort.

Schulen nicht erdbebensicher

ROM (mit). In Italien wächst der Alarm wegen der Bauqualität staatlicher Schulen, bei denen infrastrukturelle Sicherheitsgefahr bestehe. 40 Prozent der italienischen Schulgebäude befänden sich in Gebieten, wo sich starke Erdbeben ereignen könnten, geht aus einem Bericht des Umweltschutzverbands Legambiente hervor. 86 Prozent dieser Schulen erfüllen die antiseismischen Sicherheitsstandards nicht.

Seehofer will Personaldebatte vertagen



MÜNCHEN (dpa). CSU-Chef Horst Seehofer hat seine Partei eindringlich gebeten, die Debatte über seine politische Zukunft auf die Zeit nach den Jamaika-Koalitionsgesprächen in Berlin zu vertagen.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Interessiert sich neben dem EU-Parlament auch der Rat der EU für Menschenrechte?

Gabriel N. Toggenburg: Ja, spätestens seit dem Vertrag von Lissabon und dem Inkrafttreten der Grundrechtecharta Ende 2009 beschäftigt sich auch der Ministerrat gezielt mit Grundrechten. Es gibt sogar eine Ratssarbeitsgruppe zu diesem Thema.

„D“: Woher kommt dieses Interesse?

Toggenburg: Einerseits hat der Europäische Gerichtshof klargestellt, dass er keine EU-Gesetzgebung duldet, die Grundrechte gefährdet. Andererseits erfordert der neue Fokus, auf Asylrecht, Terrorismusbekämpfung, Datensammlung usw. ein besonderes Augenmerk auf die Grundrechte zu legen.

„D“: Und der Rechtsstaatsdialog? Kann er die Rechtsstaatsprobleme etwa in Polen oder Ungarn lösen?

Toggenburg: Nein, alleine wohl nicht. Der Dialog ist eher eine Abfolge von Monologen. Die Mitgliedstaaten wollen sich in solchen heiklen Dingen nicht auf die Zehen steigen. Doch es ist wichtig, dass der Rat dieses Thema nicht gänzlich der Kommission und dem Parlament überlässt.

„D“: Wie unterscheiden sich deren Vorstellungen?

Toggenburg: Die Kommission ist der Ansicht, dass die bestehenden Instrumente ausreichen. Sie hat in Detailfragen Vertragsverletzungsverfahren eröffnet, etwa gegen Ungarn und Polen. Und sie hofft darauf, Polen im Dialog wieder ins Boot zu bringen. Das Parlament hingegen möchte den großen Wurf. Einen supranationalen Pakt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Darauf haben wiederum einige EU-Minister keinen Appetit.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz